

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Postgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Mitgliedsbeiträge haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einseitige
Pettzettel oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 19. Oktober 1918.

22. Jahrgang.

Unruhen gegen die Arbeiterkontrollen.

Die jetzt von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung, durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Betriebsrevisionen mitzuwirken, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, stark abgenutzten Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel „Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst“ (in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Heft 6 dieses Jahrgangs) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Morgner (Chemnitz) entgegen, wovon Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschullehrer ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird u. a. ausgeführt: „Die Erfolge, die unsere Unfallverhütung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Wichtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sachgemäße und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zunächst sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterschutzes sei hervorgehoben, daß insbesondere die Maschinen mit vorwiegend weiblicher Bedienung, z. B. der Textilindustrie, des Buchdruckgewerbes, der Wäschereien, der Papier- und Zelluloseindustrie, der Papierherstellung und -verarbeitung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterschutze angepaßt sind. Dieser tadellose Beweis dem Arbeiterschutze angepaßt sind. Dieser tadellose Beweis dem Arbeiterschutze angepaßt sind. Dieser tadellose Beweis dem Arbeiterschutze angepaßt sind.“

Nach dieser Darstellung leben wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankenbelastung infolge der Schutzunterlassungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht erscheinen hier als unbekanntes Ding. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer dringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter“ als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzmaßnahmen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe muß ein Reservatrecht der Hochschullehrer bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Geringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der starke und doktrinaire Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker nicht mehr geteilt wird. Eine Ueberspannung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Rückgang führen. Das höhere technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit soll in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen seinen normal-verständlichen Ausdruck erhalten. Wenn behördenseitig kein normal-verständliches Bauen für die Standsicherheit der Gerüste eine ständige Forderung verlangt wird, so ist das begründet; für die Durchsichtsbauten bestehen für jeden Bauleiter oder Polier Normen, nach denen er erfahrungsmäßig an der Hand der Schutzvorschriften zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit.

Nach dem beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der Übergangszeit anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütungs- und behördlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Anhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; daselbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrollen oder -kontrollen (als Gewerbe-Aufsichtsassistenten) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird erstmal von diesen Kontrollorganen zur Durchsicht dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch“ durch Übung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben“.

Bei der Vielseitigkeit der Gewerbe (Industrien usw.) und Gewerbebetriebe werden an den Gewerbeinspektoren nicht unbeträchtliche Anforderungen gestellt, die in bezug der technischen und praktischen Kenntnisse und der Ueberblick sich unrettbar nicht befriedigen lassen. Wie die Industrie mit der Technik immer mehr zur Spezialproduktion übergeht, so muß sich die Gewerbeaufsicht dieser Entwicklung anpassen und müssen deshalb hierbei mehr Spezialingenieure zur Verwendung kommen. Bei allen Mängeln, welche dem berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsdienst anhaften, so ist er aber zweifellos durch die Spezialisierung der Berufsgenossenschaften nach Gewerben (wie für die chemische Industrie, Elektrizität, Baugewerbe usw.) der staatlichen Gewerbeaufsicht überlegen. Auch der aus der Spezialindustrie hervorgegangene praktische Arbeiterkontrollen wird, soweit kein Gewerbe oder keine Industrie in Frage kommt, sich den vielfältigen Gewerbeaufsichtsbeamten überlegen zeigen. Nach alledem ist deshalb eine Reorganisation des Aufsichtsdienstes erforderlich. Hier wird erst einmal notwendig erscheinen, die einzelnen Industrien und verwandten Gewerbe unter der Berücksichtigung von Wirtschaftsgebieten in nicht allzu große Aufsichtsbezirke einzuteilen, wofür dann der leitende Gewerbeinspektor in Verbindung mit den Arbeiterkontrollen die behördlichen Betriebsrevisionen ausübt. Von Interesse ist jedenfalls die Frage: wie groß die Zahl der Arbeiterkontrollen in jedem Aufsichtsbezirk sein muß. Das wird sich nach den Erfahrungen und den Anforderungen zu dem Grad der Gefährlich-

keit der Gewerbe und nach der Zahl und Größe der Betriebe richten müssen. Gefährliche Betriebe müssen mindestens einmal im Monat revidiert und außerdem muß von zwei zu zwei Jahren die ganze Betriebsanlage durch eine staatliche Sachverständigenkommission einer gründlichen Besichtigung unterzogen werden. Daselbe trifft selbstverständlich auch für die Berufsgenossenschaften zu, die durch eine dementsprechende Aenderung der Reichsversicherungsordnung (§ 875) verpflichtet werden müssen, erst mal den Bestand ihrer technischen Aufsichtsbeamten um mindestens ein Drittel durch Anstellung von Arbeiterkontrollen zu erhöhen. Berufsgenossenschaften, die in sich gefährliche Gewerbe oder Industrien vereinen, müssen von Fall zu Fall nach der verhältnismäßigen Zahl der Unfälle oder gewerblichen Erkrankungen durch das Reichsversicherungsamt zu einer weiteren Anstellung von Arbeiterkontrollen verpflichtet werden können. Zu diesen Fragen haben die Eingaben des Zentralverbandes der Steinarbeiter an das Reichsversicherungsamt vom Oktober 1917 und vom Januar 1918 sowie die Eingaben der drei Leitender Arbeiterverbände vom Mai 1918 an den Reichsanwalt und an den Reichstag schon wertvolle Arbeit geleistet. Die Steinbruchsberufsgenossenschaft hat in einem Schreiben an den Vorstand des Steinarbeiterverbandes die Anstellung einiger Arbeiterkontrollen zugesagt.

Wie in der Fachschrift „Baupolizeiliche Mitteilungen“ im August 1912 veröffentlicht wurde, hat der Rat der Stadt Chemnitz zu der erstellten Frage der Anstellung von Arbeiterkontrollen in der Stadtniederordnungsversammlung das Ergebnis einer Rundfrage an eine Zahl süddeutscher Städte bekanntgegeben. In Betracht kamen München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Fürth, Kissingen, Ludwigshafen und Würzburg. Im ganzen waren 13 Fragen gestellt, wovon hier als die wichtigsten die Fragen 7 und 8 anzusehen wären. Die Frage 7: Ob sich die Arbeiterkontrollen zur Wahrung der ihnen überwiesenen Obliegenheiten als geeignet erwiesen haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten mit „Ja“ bejaht. Die Frage 8: Ob sich Schwierigkeiten aus der Zusammenarbeit der technisch vorgebildeten Kontrolleure mit den Arbeiterkontrollen ergeben haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten verneint. Von Interesse ist noch die Frage 10: Haben sich Schwierigkeiten bei der Einführung mit den Arbeitgebern ergeben? München äußert sich dahin, daß sich anfangs wohl Schwierigkeiten gezeigt hätten, inzwischen habe sich aber die Sache eingeleitet, und die Arbeitgeber seien jetzt sehr bereit, sich durch die Bauleitungsstellen einlassen zu lassen. Die anderen Magistraten sprechen sich in derselben Weise aus. Was was will man mehr? Genau so würden sich die Verhältnisse in der Industrie gestalten. Aber wirklich kam angenommen, daß man sich bei der Auswahl der Personen vergriffen hätte, wäre damit eine Unfähigkeit der intelligenten Arbeiterschaft zur amtlichen Betriebsaufsicht bewiesen? Hierzu sei bemerkt, daß bei den übrigen amtlichen Ressorts der staatlichen und Gemeindeverwaltungen bei der Anstellung von Personen derartige Mißgriffe auch sehr oft vorgekommen sind!

Eine andere Frage ist das Verhalten der Unternehmer oder der Betriebsleiter gegenüber den Arbeiterkontrollen. Bei der Aufsichtstätigkeit werden sich Differenzen mit diesen Leuten und sagen wir — auch mit den Arbeitern — oft nicht vermeiden lassen. Aber das wird bei der Tätigkeit der Arbeiterkontrollen nicht allein vorkommen, sondern wie die Erfahrungen lehren, kann das auch den Gewerbeinspektoren, der Baupolizei, den Revisionsbeamten der Dampfesellanlagen, den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften usw. passieren. Das kirchenreligiöse oder politische Glaubensbekenntnis des Aufsichtsbeamten hat damit gar nichts zu tun, sondern wird in dem Indifferentismus, in dem Vorurteil oder in dem bösen Willen eines Teils der Unternehmer, Betriebsleiter und Arbeiter sowie vor allem in den Schutzunterlassungen der revidierten Betriebe seine Ursache finden. Im übrigen wird man von jedem Aufsichtsbeamten in den Umständen entsprechenden entschlossenes und energieloses Vorgehen erwarten müssen. Daher sind alle derartigen Einwendungen gegen die Arbeiterkontrollen mit Vorbehalt und Sachlichkeit zu prüfen.

Es liegt zweifellos auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie, einer besseren Einsicht folgend, sich bereit finden, einer intensiveren und wirkungsvolleren organisierten Gewerbeaufsicht mehr Würdigung und Anerkennung entgegenzubringen. Und das um so mehr, wo die schutztechnisch besser ausgestatteten Betriebe wie bis jetzt oft für die Unterlassungen anderer Betriebsunternehmer materiell mit eintreten müssen. Die finanziellen Belastungen einzelner Gewerbe durch das Monto von schutztechnischen Einrichtungen sind vielfach enorm. Ein fortschreitender und gleichzeitiger Ausbau der Schutzmaßnahmen in einem Gewerbe oder Berufe wird dazu beitragen, diese Ausgaben ganz beträchtlich niedriger zu gestalten und außerdem die Konkurrenzverhältnisse auf einen mehr gelunden Boden zu stellen. Die dringende Anstellung von Arbeiterkontrollen als Gewerbeaufsichtsassistenten ist deshalb nicht nur bevölkerungspolitischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Natur und daher eine Sache der höheren Zweckmäßigkeit für den Staat.

G. Heintze.

7. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

Im Leipziger Volkshaus traten am Montag früh 23 Delegierte und 2 Vertreter des Hauptvorstandes, 2 Gauleiter und je 1 Vertreter der Redaktion, des Verbandsauschusses zusammen, um die reichhaltige Tagesordnung zu beraten. Für die Generalkommission ist Knoll-Berlin, für die Bauarbeiterschuttkommission Heintze-Berlin amwesend.

Die Auserwahlung betraute Roth-Frankfurt und Starke-Leipzig mit der Leitung des Verbandstages. Starke, Vorsitzender, erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbereich. Redner bedauerte, daß es dem Vorstand leider nicht möglich war, für die Steinarbeiter die Schwerstarbeiterzulage herauszubekommen. Im weiteren betonte er, daß nach seiner Ansicht die kriegsbeschädigten Steinarbeiter sich wohl zur Hauptmasse anderer Industrien zuwenden werden, da ein einziger Steinarbeiter kaum denkbar ist; eher kann ein einbeiniger Kriegsbeschädigter wieder in den Steinarbeiterberuf beschäftigt werden. Ueber die weiter gemachten statistischen Angaben müssen wir auf das Protokoll verweisen.

Für die Kasse berichtete Walter-Leipzig. Im weiteren machte der Redner die Mitteilung, daß der Verband zur Einkommenssteuer mit 3500 M. herangezogen worden ist. Es berichtet dann noch Staudinger für die Redaktion, Kampfad-Berlin für die Revisionskommission und Behner-Boita für den Verbandsauschuß.

Die Ausführungen erstreckten sich auf interne Verbandsangelegenheiten. Von der Revisionskommission wurde der Antrag auf Entlassung gestellt.

Starke führt nachträglich aus, daß es der Vorstand gestiftet unterlassen habe, zum Richtungsstreit in der politischen Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Sagen oder müsse er, daß die Politik der Gewerkschaften keine andere sein konnte, als sie gewesen ist. Diese Stellung wird jetzt am besten gerechtfertigt durch die Vorgänge auf innerpolitischen Gebiet, wodurch die Arbeiterbewegung endlich in die Lage versetzt ist, die Gestaltung ihres Schicksals selbst zu lenken.

Schuster-Demitz billigt die Verlegung des Drucks der Fachzeitung. Dadurch wurde die Einigkeit in geringsten gestört. Mehrfort-Böbau dagegen tadelt die Druckverlegung des Fachorgans; da die Leipziger Volkszeitung die Gewerkschaften immer auf den rechten Weg gewiesen habe. Im übrigen sei er, mit Ausnahme der Gauleiterentlassung, mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden.

Gerzmann-Köln teilt mit, daß in seinem Gau die Mitglieder mit der allgemeinen Tätigkeit sowie der Tarifpolitik des Vorstandes einverstanden sind. Redner teilt nicht die Ansicht des Vorstandes, daß wir nach dem Kriege schwere Kämpfe zu gewärtigen haben. Solche kann sich wohl kaum Deutschland in den nächsten Jahren leisten. — Zudem ist auch durch den Wechsel des Regierungssystems dafür gesorgt, daß die Bäume der Unternehmung nicht in den Himmel wachsen. — Die Entlassung der Gauleiter habe in agitatorischer Hinsicht dem Verband geschadet. Redner hält eine großzügigere Arbeit des Vorstandes für geboten und zweckentsprechend. Er rät dringend dazu, in den einzelnen Gauen wieder Gauleiter einzusetzen.

Wie wig-Gannover tadelt die geringe Agitationsarbeit, die während des Krieges betrieben worden ist. Auch sei er im Gegensatz zu Starke der Ansicht, daß auch in Zukunft große Kämpfe mit dem Unternehmertum zu führen sein werden. Sicher wird das Unternehmertum nach Kriegsende versuchen, die Teuerungszulagen rückgängig zu machen; deshalb sei eine rege Agitationsarbeit zur Stärkung des Verbandes dringend notwendig.

Knoll-Berlin, der Vertreter der Generalkommission, wendet sich gegen die Kritik, die an dem Burgfrieden der Gewerkschaften von einem Redner geübt worden ist. Ebenso auch gegen die Ausführungen eines anderen Redners, der die Leipziger Volkszeitung als beste Wegweiserin der Gewerkschaften hingestellt hatte. Er ist der Ansicht, daß dann, wenn die Gewerkschaften der Leipziger Volkszeitung gefolgt wären, wohl heute wenig mehr von einer Gewerkschaftsbewegung zu reden sein würde.

Henke-Leipzig bespricht ausführlich die Druckverlegung des Fachorgans und tadelt die Antwort, die der Vorstand dem Leipziger Beschwerdeführer dieserhalb zuteil werden ließ. Redner betont, daß die Kollegen, wenn sie auch jetzt dieser Frage nicht mehr soviel Aufmerksamkeit schenken, sicher nach Kriegsende sich wieder stärker mit dieser Frage beschäftigen werden.

Die weiteren Ausführungen der Delegierten stimmen zur Hauptsache den Vorstandsberichten zu.

Erlacher-München meint, daß man dem Vorstand wegen Zeichnung der Kriegsanleihe nicht groß einen Vorwurf machen könne, da ja auch Banken usw. kapitalistischen Unternehmungen zur Hauptsache dienlich sind. Die Haltung des Fachorgans ist in Bayern mit Freude begrüßt worden; der Redakteur verdient Anerkennung, daß er es verstanden hat, den politischen Richtungsstreit aus dem Organ fernzuhalten. Die Kündigung der Gauleiter halte auch er für einen großen Mißgriff; im Interesse des Verbandes müssen die Gane wieder ihre angestellten Gauleiter haben.

Leich-Scheidingsfelde sprach ziemlich scharf gegen die Generalkommission, vor allem gegen die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz, daß doch wirklich ein Anbelangungsgefes für die Arbeiter sei. Seine weiteren Ausführungen waren eine Empfehlung für die Leipziger Volkszeitung. Doch erkennt er offen an, daß die Spaltung der politischen Partei die Arbeiterklasse tief geschädigt habe, und daß eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung von noch größerer Tragweite für die Arbeiterschaft sein werde.

Hirtz-Berlin ist mit dem Vorstandsbericht im allgemeinen zufrieden; er hält die Entlassung der Gauleiter für einen Fehler. Nach seinen Erfahrungen als Mitglied eines Schiedsgerichtes sei das Hilfsdienstgesetz nicht so zu tabeln wie Reich es getan habe; in manchen Fällen kommen die Hilfsdienstpflichtigen eher zu ihrem Rechte als vor mandem Gewerbegebiet.

Roth-Frankfurt sprach ebenfalls im Sinne der Berichterstatter und zur Druckverlegung des Organs, er betonte, daß er sehr wünsche, daß eine Wiederbereinigung der streitenden Richtungen statfinde, aber soweit gehe seine Selbstüberwindung nicht, daß er es befürworten könne, den Druck der Zeitung einem Verlag zu übergeben, der den anderen Teil der Arbeiterschaft ständig beschimpfe.

In seinem Schlusswort sprach Starke besonders noch zum Hilfsdienstgesetz und für die Wiedereinstellung der Gauleiter; seine Ausführungen schlossen mit warmen Worten der Anerkennung für die Reichspolitiker. Auch Staudinger bekannte sich rückhaltlos zur Politik der Mehrheit, an der er auch in Zukunft unbedingt festhalten werde.

Der Antrag auf Rückverlegung des Drucks des Fachorgans in den Verlag Leipziger Volkszeitung wurde mit 18 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde dem Vorstand ein einstimmig Entlassung erteilt. Zur Statutenberatung hielt Starke, Vorsitzender, das einleitende Referat. Er empfahl die vorgelegte Vorstandsliste, die eine minimale Beitragserhöhung von 10—30 Pf. vorsieht, zur Annahme. Auch die Unterstützungsfälle sollen ein wenig erhöht werden; weiter wird empfohlen, die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung zu trennen.

In der Generaldebatte kam zum Ausdruck, daß die Mehrzahl der Redner der Vorstandsliste zustimmt. Um kleine Anregungen und Modifikationen des Vorstandsorgans zu berücksichtigen wird die Vorstandsliste einer Kommission zur engeren Beratung überwiesen.

Ueber Tarifwesen und Teuerungszulagen referierte Redakteur Staudinger; seine Ausführungen sind in nachstehender Resolution zusammengefaßt:

„In der Steinindustrie hat erfreulicherweise die Entwicklung des Tarifwesens in den Jahren vor dem Kriege einen hervorragenden Platz eingenommen. Bedauerlicherweise hat aber mit dieser Entwicklung die Einführung von Einheitsstarifen nicht den gleichen Erfolg zu verzeichnen.“

Nachdem nun der Zusammenschluß verschiedener Verbände in der Steinindustrie zur Ausführung gekommen ist, erwarten die organisierten Steinarbeiter, daß das Tarifwesen einheitlicher gestaltet wird.

Schmalfaben. (Firma Köpfer.) Werkzeug und Schleifmaterialien sind frei.

Vorstehender Auszug zeigt, daß in der deutschen Granitindustrie endlich damit aufgeräumt werden muß, daß man dem Steinmetzen das Werkzeug stellen ausbietet und ihm auch die Schärfekosten noch zur Last legt. Die entstandenen Unkosten für die Schleifer müssen ebenfalls beseitigt werden. Damit muß sich also in Zukunft die deutsche Granitindustrie abfinden.

Zum Verbandstag.

II.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung stehen im engsten Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm des Kollegen Stäubinger und können bei Besprechung desselben mit berührt werden. — Eine besondere Stellung wird die Handelspolitik einnehmen. Die unheimliche Konkurrenz der schwedischen Plastersteinindustrie hat verschiedene Zählstellen verführt, Anträge auf Begünstigung eines Plastersteinsolles zu stellen. Ich bin Gegner dieser Anträge.

Von größter Wichtigkeit ist die energische Vertretung der sozialpolitischen Forderungen der Steinindustrie. In erster Linie geht es darum die Anerkennung der Berufskrankheit der Steinarbeiter als Gewerbekrankheit. Die Arbeiterveränderungsgegebung enthält in dieser Beziehung eine schwere Benachteiligung der Arbeiter, die durch unvermeidliche Berufskrankheit allmählich in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt werden gegenüber denjenigen, die durch ein plötzliches, meist zufälliges Ereignis sich eine Erwerbsbeschränkung zuziehen, die unterschiedliche Bewertung von Berufskrankheiten und Vertriebsunfällen führt zu den sonderbarsten Erscheinungen. Vertriebsunfälle werden entschädigt, wenn sie zu einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 10 Prozent führen. Berufskrankheit erst, wenn sie zur Invalidität, d. h. zu einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 66 2/3 Prozent führen. So kann es vorkommen, daß ein Steinarbeiter infolge einer Fußverletzung 80 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit verliert und eine entsprechende Rente erhält. Im gleichen Betriebe ist ein Steinarbeiter infolge Berufskrankheit 50 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, erhält aber keine Rente. In beiden Fällen ist die Ursache auf die Tätigkeit in einem gefährlichen Beruf zurückzuführen. In dem einen Falle wurde die Erwerbsbeschränkung auf ein zufälliges plötzliches Ereignis herabgerufen, im anderen Falle durch die unvermeidliche dauernde Einwirkung der Schädlichkeit des Berufes. Die Reichsversicherungsordnung läßt die Anerkennung der Berufskrankheit als Gewerbekrankheit zu und sind verschiedene Krankheiten durch Bundesratsverordnung bereits anerkannt worden. Bei unzulässiger Betonung der Forderung wird sich die Regierung in der Einbeziehung der Steinarbeiter-Berufskrankheit zu den Gewerbekrankheiten nicht entziehen können. — Gleich wichtig als die Stellung der eingetretenen Berufsschäden ist die Vorbeugung. Dazu gehört zunächst die Bekämpfung der Verunreinigungen mancher Verarbeitungsanstalten, die Uebernahme eines Heilverfahrens für Steinarbeiter zu beschränken oder an die Verbindung des Berufswechsels zu knüpfen. Der Durchführung der Bundesratsverordnung ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner muß dieselbe auf alle Steinarbeiter einschließlich der Kunststein- und Plasterarbeiter ausgedehnt werden. Neben der Lohnfrage in der Arbeiterkammer die wichtigste Frage, die im Vordergrund aller Verhandlungen stehen muß. Die wirksame Durchsetzung aller bestehenden und noch zu erlassenden Schutzbestimmungen muß durch regelmäßige Beaufsichtigung der Betriebe, und zwar durch Arbeiterkontrolleure garantiert werden.

Abgesehen von der Lohnfrage kann ich mich mit dem Arbeitsprogramm des Kollegen Stäubinger reiflich einverstanden erklären. Die Grundlage aller zukünftigen Arbeit bildet aber der Ausbau des Verbandes. In dieser Beziehung enthält aber das Programm eine auffallende Lücke. Der Ausbau des Verbandes darf sich nicht nur auf die Neuorganisation des Unternehmensewesens beschränken, sondern muß sich schon mit Rücksicht auf die umfangreichen Aufgaben der Zukunft weite Ziele stecken. Die Durchführung des Arbeitsprogramms erfordert Arbeit und Kräfte, die weit über die Leistungsfähigkeit des Vorstandes in seiner jetzigen Besetzung und der nebenamtlichen Funktionäre in den Zählstellen hinausgehen. Wir dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß wir während des Krieges viel an Boden verloren haben, und nicht nur allein durch die Einberufungen. Die Agitationskämpfe hat vollständig gerächt. Nicht zum geringsten hat die Durchführung der Lohnbewegung und der Feuerungszulagen durch den Mangel an Arbeitskräften gelitten. Man muß dem Vorstand lassen, daß er das Mögliche bei seiner schwachen Besetzung versucht hat, um die dringenden Aufgaben zu erledigen. Es sei nur betonen auf die Regelung der Feuerungszulagen, der Schwerstarbeiterzulage uim. Der Erfolg wäre umfassender gewesen, wenn in allen Gauen Kräfte zur Unterstützung zur Verfügung gewesen wären. Statt solche frei zu machen, wurden die Gauleitungen praktisch lahm gelegt. Das Resultat zeigte sich in dem erschreckenden Rückgang der Mitgliederzahl. Unsere Zählstellen liegen zu 80 Prozent verwaist in ländlichen Gebieten. Sie werden nicht beeinflusst von dem seit 1917 in allen anderen Gewerkschaften eingetretenen Aufschwung und sind auf sich selbst angewiesen. Sie brauchen der tatkräftigen Unterstützung durch tüchtige sachkundige Kräfte, die sich ausschließlich der Verbandarbeit widmen. Die Behebung der Gemeinderatsstellen ist jetzt eine unbedingte Notwendigkeit. Die Gründe, die 1906 zur Behebung der Gauleiterstellen führten, sind jetzt in noch höherer Maße vorhanden. Es gibt nicht nur viel zurück zu erobern, sondern vor allen Dingen unser Arbeitsprogramm zu bewerkstelligen. Andernfalls bleibt daselbst ein schönes Plan Papier! Der Finanzhandwerk darf bei uns dabei ebenso wenig allein maßgebend sein, wie bei anderen Gewerkschaften. Die langjährige Amtserfahrung gegen angehende Verbandbeamte muß aufgegeben werden. Die Angestellten sind nicht mehr ein notwendiges Übel, sondern eine Lebensnotwendigkeit für den Verband. Wenn sich der Verband nicht entschließen, schon jetzt die volle Behebung der früheren Gaue zu beschließen, so muß er den Vorstand bevollmächtigen mit Kriegsausbruch den früheren Zustand wieder herzustellen. Die die Angelegenheit sich jetzt gestaltet hat, kann dieser Fall nicht noch schlimmer werden. Der Verband darf sich dann nicht wieder, wie es ist, von den Verhältnissen überrennen lassen. Unverzüglich muß, wie unter solchen Umständen ein Antrag zur Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder gestellt werden kann. Von welchem Genuß und Wohlstand die Verarmung der Zählstellen abhängt, das wissen wir, die wissen wir, die letzten Jahre hat, ist ein Bild aus dem letzten Jahre der erste und letzte Antrag des Verbandes. In den anderen ermittelten wichtigsten Fragen des Verbandes müssen wir uns nicht aufhalten. Das ist der Gedanke, von dem sich der Verbandstag nicht lösen lassen darf. Es soll endlich darüber zu hören. Die Zählstellen und weitere Angelegenheiten müssen endlich werden, unsere Kräfte auf die Verbandsaufgaben konzentrieren und zu stellen. Alle Kleinigkeiten und persönlichen Angelegenheiten müssen dabei überwinden werden. Es geht das nicht und die Zukunft der großen Verbandsgemeinde. In diesem Sinne: Glückauf zum Verbandstag!

Feldpostmitteilungen.

Bestenfalls habe man sich endlich lange nicht mehr von mir hören lassen. Ganz ohne Grund ist mein Schweigen jedoch nicht. Wir sind in letzter Zeit nämlich wieder viel gewandert. Hatten schon seit mehreren Jahren Schwere mehrmals Stützungswechsel durchgemacht. Natürlich immer zu Fuß. Es verziehen dabei immer mehrere Tage bis die Post in Schwabingen. Ich kann nicht länger Artikel über die Besetzung in der Redaktion "Lage" abgeben, oder ergeht mir derselbe nach. (Stunde in der 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.)

Ich kam im Krankenwagen mit Verwundeten. Der Wagenführer sagte zu mir, daß mich ein Verwandter aus Weipenstadt sprechen wolle. Ich hielt dies fast für unmöglich, weil bei unserer Division doch keine Bayern sind. Der Wagenführer sagte mir aber, daß der Betreffende von einer anderen Division sei. Ich half die Verwundeten mit ausladen und traf tatsächlich den Steinmetzen B. Leopold unter denselben. Ich hatte früher mit ihm lange zusammen gearbeitet. Er war ziemlich schwer verwundet, doch fürchte ich deswegen dabei noch nicht das Schlimmste. Vorher sehr erkrankt, als mir bereits 1/5 Uhr morgens mitgeteilt wurde, daß Leopold verstorben ist. Am nächsten Tag haben wir ihn begraben. Dieser ruhig besonnene Kollege tut mir außerordentlich leid. Die Zählstelle konnte ich nicht verständigen, weil ich nicht weiß, welcher er vor Kriegsausbruch angehört hat. Ihr werdet jetzt wohl bis an den Hals in Arbeit stehen. Hoffentlich findet diese Arbeit auch ihre Anerkennung. Mit freundlichem Gruß
C. Beckmann Schmidt.

Westfalon. Werte Freund! Eurem Bestreben, den Verband in seinen Leistungen auf seine größtmögliche Höhe zu bringen, wünsche ich vollen Erfolg. Ich befürchte nur, daß infolge der zentralen Beitragserhöhung unsere örtlichen (Berliner) Unterstützungsvereinigungen ins Hintertreffen kommen, wenngleich sich Hirtz, Geue u. a. die größte Mühe geben werden, auch diese auf der Höhe zu halten. Den Verhandlungen des Verbandstages sehe ich mit Spannung entgegen. Fröhlich an das ganze Leipziger Oberkommando! Guer E. Winkler.

Bericht

von der Distrikts-Konferenz für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk

Die Konferenz fand am Sonntag, dem 22. September im Volkshaus zu Düsseldorf statt. Im Auftrage der Zählstelle Düsseldorf begrüßte Kollege Montermann die Delegierten. Er hoffte, daß trotz der schweren Kriegszeit mit den schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Lageverhältnissen unsere örtlichen Arbeit für die Kollegenchaft und die Organisation geleistet werden möge. Als Vorsitzender wurde Kollege Montermann gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme zu einem eventuell abzuschließenden Belegtarif. 2. Die Erziehung von Arbeitsnachweisen jenseits unseres Verbandes. 3. Stellungnahme zu der Tagesordnung des Verbandstages in Leipzig.

Zum 1. Punkte nahm Gauleiter Herrmann das Wort. Eingehend besprach er die Vorgeschichte zur Schaffung eines Belegtarifes. Vor Ausbruch des Krieges bestanden in den Zählstellen: Köln I und II je 1 Tarif, in Düsseldorf deren 3 (Sandstein, Marmor und Grabdenkmalbranche), Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Kupferberg und Herbede je 1 Tarif, Dortmund und Münster je 2 Tarife, insgesamt 14 Tarife. Dann waren noch einige Spezialtarife mit einzelnen Firmen in verschiedenen Orten abgeschlossen. Die Tarife zeigten bezüglich der Arbeitszeit sowie der Entlohnung und Akkordpreise kein einheitliches Bild. Es zeigte sich, daß da, wo die Kollegen schon längere Jahre organisiert waren, die Arbeitszeit kürzer und die Entlohnung besser war als in den anderen Orten, wo der tarifliche Regelung der Lohn und Arbeitsverhältnisse nicht die Beachtung geschenkt wurde, als wie dies so dringend notwendig war. Bis zum Jahre 1906, wo die besoldete Gauleitung in Köln errichtet wurde, bestand nur allein in der Zählstelle Köln I ein Tarifvertrag.

Eingehend besprach er dann die Kriegsmaßnahmen des Verbandes zur Sicherung der bestehenden Tarifverträge. Als infolge der sehr langen Dauer des Krieges und der Abwehrmaßnahmen der Feinde Deutschlands die Lebensmittelpreise sich immer höher anheben machte, fanden mit den Arbeitgebern der verschiedenen Orte Verhandlungen über Lohnaufbesserungen bzw. Gewährung von Teuerungszulagen statt. Das Resultat war naturgemäß nicht überall gleich. Die Teuerungszulage beträgt zum Beispiel in der Zählstelle Köln I und II pro Woche 15 M. Daneben fand auch eine Stundenlohnserhöhung auf 1.10 M. statt. In anderen Orten des Gaus wurde nur eine Teuerungszulage bewilligt beziehungsweise eine Stundenlohnserhöhung und Erhöhung der Akkordpreise. Die Zählstelle Duisburg erzielte vor einigen Tagen durch Verhandlungen eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 1.60 M. Zur Zeit finden noch Verhandlungen statt wegen Gewährung einer Teuerungszulage von wöchentlich 12 M.

Wenn die Vorarbeiten, wie Schaffung eines Entwurfes, Rücksprache mit der Leitung des Deutschen Steinindustrieverbandes etwas länger dauerte, so muß berücksichtigt werden, daß der Gauleiter seit über 1 1/2 Jahren in einem anderen Verbands tätig ist und nur die allerdringendsten Couarbeiten im Nebenamt erledigen kann. Der Bezirksrat soll das Gebiet der Städte: Köln, Düsseldorf, Grevel, Wefel, Duisburg, Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr, Essen, Gelsenkirchen, Wanne, Dortmund, Hamm, Münster, Hagen, Solingen-Remscheid Elberfeld-Barmen und Bismarck umfassen.

v. Ryswyl, Zählstelle Duisburg: Wir können dem Entwurf nicht zustimmen. Die Schaffung von Bezirksstellen liegt nicht im Interesse der Kollegen der einzelnen Zählstellen. Die Bezirksrat werden Landesrat, und zuletzt kommen wir zum Reichsrat. Der Einfluß der Kollegen in den einzelnen Orten auf die Besserstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schwindet fast völlig. Die Gewerkschaftsangelegenheiten und die Zentralvorstände haben dann die Macht und werden sie rücksichtslos gebrauchen.

Rehbofer, Zählstelle Essen: In eingehenden Darlegungen wendet er sich gegen die Ausführungen von Ryswyl. Man müsse bei der Schaffung des Bezirksrat von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Der Lohn sei in Essen auch heute höher als der im Tarif vorgesehene. Aber es müsse berücksichtigt werden, daß eine Anzahl Orte im Bezirk vorhanden sei, wo der Stundenlohn noch nicht 1.40 M. betrage. Weiter sei es doch der Wunsch aller Kollegen, daß die Teuerungszulage verschärft und ein Abbruch mit Stundenlohn erfolge. Die Situation der Kollegen im Bezirk sei doch im Frieden schon eine sehr große gewesen, das werde auch nach dem Kriege wieder der Fall sein. Weich könne es da vorkommen, daß der Kollege von Duisburg oder Essen oder anderen Orten mit hohen Löhnen in folgen mit niedrigeren Arbeit nehmen müsse. Weiter dürfe nicht verkannt werden, daß die Konkurrenz der Unternehmer in den verschiedenen nahe beieinanderliegenden Städte sich unliebsam bemerkbar mache. Ein Hand-in-Hand-Arbeiter sei für die Gesamtkollegenchaft im Bezirk dringend notwendig. Auch er findet es sehr beklagenswert, daß die besoldete Gauleitung in Köln aufgehoben worden sei.

Schorstein, Zählstelle Elberfeld: Es ist erfreulich, daß ein Bezirksrat geschaffen werden soll. Die Vorteile für die Kollegen im Bezirk sind unermesslich. Da, wo jetzt schon höhere Stundenlöhne bestehen, darf natürlich eine Kürzung nicht erfolgen.

Montermann, Zählstelle Düsseldorf: Die Ausführungen des Kollegen Ryswyl sind nicht richtig. Man darf nicht nur die Kriegszeit im Auge haben, sondern muß auch die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft in Betracht ziehen. Er glaube nicht, daß die hohen Löhne bei einer wesentlichen Verbilligung der Lebenshaltung bestehen bleiben. Tarifliche Vereinbarungen für größere Bezirke sind notwendig, der befürchtete Reichsrat wird so schnell nicht kommen.

Wart, Zählstelle Bochum: Hier sind zur Zeit nur einige Kollegen beschäftigt, die früheren Mitglieder sind im Krieg oder Hilfsdienst tätig. Der Ausführungen von Ryswyl kann ich nicht zustimmen.

Hirzler und Bläser, Zählstelle Duisburg: Sie sprechen im Sinne von Ryswyl sich gegen weitere Verhandlungen auf der Grundlage des Tarifvertrages aus.

Huyard, Zählstelle Düsseldorf: Er bespricht eingehend die schwierigen Verhandlungen zur Schaffung von neuen Vereinbarungen in Düsseldorf. Die Festsetzungen von erhöhten Stundenlöhnen und Bezeichnung der Teuerungszulage sei nicht so einfach gewesen, als wie in Duisburg.

Schwarz, Zählstelle Köln II: Mit dem vorliegenden Entwurf bin ich nicht einverstanden. Der geforderte Lohn von 1.40 M. ist zu gering. Eine Bindung bis 1. Juli 1919, wie vorgehen, lehnen wir ab. Kann die Regierung nicht für eine wesentlich billigere Lebenshaltung sorgen, dann müssen die Unternehmer den Lohn so erhöhen, daß man auskömmlich leben kann.

Im Schlußwort ging Herrmann in längeren Ausführungen auf die Darlegungen der einzelnen Redner ein. Die Abstimmung ergab, daß mit Einstimmigkeit der Entwurf abgelehnt wurde. Auf Antrag des Kollegen Rehbofer wurde beschlossen, daß Kollege v. Ryswyl einen Gegenentwurf auszuarbeiten soll, dieser wird den Zähl-

stellen übermittelt. Beide Entwürfe sollen dann in einer weiteren Konferenz nochmals durchberaten werden.

Ueber die Errichtung von Arbeitsnachweisen für un- Berufs referierte der Gauleiter. Er hob die Bedeutung derselben hervor. Da der Verbandstag voraussichtlich die Einführung der Erwerbsunterstützung beschließen werde, bilde ein gut funktionierendes Arbeitsnachweis das Rückgrat derselben. Die Diskussion ergab, daß die Errichtung von Arbeitsnachweisen noch wenig Sympathie be-

Im letzten Punkte der Tagesordnung wurden von einzelnen gierten verschiedene Anträge besprochen, die zum Verbandstage g- sind. Gegen eine Beitragserhöhung und Neuregelung des Unternehmensewesens wurden keine Einwendungen gemacht. Die Einberufung des Verbandstages wurde für gend notwendig gehalten. Nach einem Schlußworte des Gauleit- wurde die Konferenz geschlossen.

Rundschau.

Kurt Risse f.

Die Zählstelle Leipzig hat wiederum einen tüchtigen, exp- Verbandskollegen verloren. In einem westfälischen Lazarett vor vor einigen Tagen Kollege Kurt Risse im 42. Lebensjahre an Lun- entzündung. Risse war seit Kriegsbeginn eingezogen, er stand bei sächsischen Pionier-Kompagnie und tat 2 Jahre in Rußland und Jahr Kriegsdienst in Frankreich. Bis zu Kriegsbeginn leitete er Zählstelle Leipzig in recht mustergültiger Weise. Die sächsischen E- steinarbeiter werden des Verstorbenen stets ehrenvoll gedenken.

Wahleresultat.

Bei der Stichwahl im 19. Wahlkreis erhielten Erkler-Müller 128, Fröhler-Floß 109 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Zur Beachtung für die Delegierten.

Zusammentritt der Delegierten zum Verbandstag am Sonntag abend im Volkshaus (Carlsbau), Zimmer 9, L. Feiler Straße 32.

Quittung.

Im Monat September gingen bei der Hauptkasse folgende G- ein:

Heinfeld 7.80, Niederlinda 19.96, Brölsdorf 2.60, Homburg 15.00, Brenzau 4.20, Narmark 2.80, Glog 5.—, Bruckmühl 25.56, Dü- dorf 120.—, Rindnach 2.60, Freiburg i. Schl. 5.—, Wabhausen 10. Hochstetten 3.40, Bodenem 9.10, Schmalsteden Jnf. 24.05, Berlin: 2.50, Wien Jnf. 18.93, Reibra 19.60, Weklar 175.12, Cäthlen 1. Kronach 7.80, Auerbach 11.20, Halle 90.—, Bbb-jün 50.—, M- 400.—, Auma 5.80, Neustadt a. N. 14.—, Lunzenau 100.—, leben 0.64, Rehe 4.90, Kempfen 5.60, 356flß 8.52, Häselicht 300.—, h. Walther, a. 3. Raffinerie

Abresenänderung.

Deutzen (Schl.). Kass.: Jakob Mantey, Gr. Biottmühl. Bremen. Josef Jung, Bf. 99. 356flß i. Erzgeb. Dorf. und Kassirer: Rich. Engelmann, Marienberg Straße 75.

Vorstandsbekanntmachungen.

Den Zählstellen, die die Arbeitsvermittlung eingeführt ha- sei mitgeteilt, daß beim Reichsstatistischen Amt in Berlin die freiung der sogenannten Weibepflicht beantragt wurde. Wenn die Zählstellen von der Weibepflicht befreit, dann werden sie gro- Scherezeilen entbunden.

Die Kollegen werden nochmals ausdrücklich auf den in vor- Nr. 40 veröffentlichten erhöhten Postgebühren tarif hingewiesen, unnützes Strafporto zu sparen.

Arbeitsmarkt in der Steinindustrie.

Es werden gesucht:
Breslau: 3 Steinmetzen.
Dresden: 10 Steinmetzen, 10 Plastersteinmacher.
Hannover: 8 Steinmetzen, 1 Schriftführer.
Freiburg (Baden): 3 Steinmetzen.
Köln: 2 Steinmetzen, 2 Handwerker.
Erfurt: 6 Steinmetzen, 1 Marmorhauer.
Arbeitsuchende haben sich an unsere Arbeitsvermittlungsfstellen zu wenden.

Anzeigen

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweis auf Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht bringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

Gesucht ein junger Steinmetz der Granitschrift haue kann.
P. Iversen, Stein- u. Bildhauerei, Sonderburg, Löngang

Steinbrecher und Steinmetze zur Einstellung gesucht.
Sächs. Steinindustrie H. Schmidt, Pirna

Mehrere Granit-Steinmetze für dauernde Arbeit gesucht.
R. Lausche & Co., Granitwerk, Einbeck

Im Felde gefallen

find nachstehende Kollegen:
Georg Bauer, 34 Jhr. alt, a. d. Zählst. Winterhausen.
Otto Liborius, 38 Jhr. alt, aus d. Zählst. Wittweida.
Ernst Neese, 22 Jahre alt, aus der Zählst. Hallersode.
Curt Risse, 43 Jahre alt, aus d. Zählstelle Leipzig I.
Paul Starke, 46 Jahre alt, a. d. Zählstelle Dresden.
Ehre ihrem Andenken!
(Wir erziehen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanmeldungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In Berlin am 3. Okt. der Sandsteinmetz Karl Lotze, 70 Jahre alt, an Zuckerkrankheit u. d. Lungenentzündung. Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Stäubinger, Verlag Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 3.

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Machtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einseitige
Petitionen oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 19. Oktober 1918.

22. Jahrgang.

Unferne gegen die Arbeiterkontrollleure.

Die jetzt von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung, durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Betriebsrevisionen mitzuwirken, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, stark abgenutzten Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel „Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst“ (in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Heft 6 dieses Jahrgangs) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Margner (Chemnitz) entgegen, wozon Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschullehrer ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird u. a. ausgeführt: „Die Erfolge, die unsere Unfallverhütung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Richtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sachgemäße und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zugleich sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterschutzes sei hervorgehoben, daß insbesondere die Maschinen mit vorwiegend weiblicher Bedienung, z. B. der Textilindustrie, des Buchdruckgewerbes, der Wäschereien, der Nahrungsmittelindustrie, der Papierherstellung und -verarbeitung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterschutze angepaßt sind. Dieser tadellose Stand ist das Ergebnis einer oft sehr langwierigen gemeinsamen Arbeit von technischen Betriebsbeamten, Maschinenkonstruktoren, intelligenten Arbeitern und Unfalltechnikern. Die in der Praxis noch nicht völlig gelösten Fragen des Arbeiterschutzes für Arbeiterinnen können nur auf Grund sachlicher Arbeit befriedigend gelöst werden. Noch klarer tritt dieses für den bautechnischen Arbeiter hinzu, der bereits vor Beginn der Bauten durch Prüfung der Baupläne auf Stand- und Herrensicherheit usw. gewahrt wird. Eine Ausnahme besteht in letzterer Hinsicht für den Bauarbeiter während der Ausführung der Bauten, wobei neuerdings die Tragfähigkeit der Gerüste durch Prüfung oder theoretische Berechnung nachgewiesen werden muß, der ohne praktische Herangehensweise größere Bauteile und Gerüste für eine längere Aufsichtsführung völlig unzugänglich ist. — Für die Gewerbehygiene ist ein bei den Aufwendungen nur einigermaßen entsprechendes Ergebnis von weiblichen Hilfskräften noch viel weniger zu erwarten. ... Außerdem sollen diese Beamtinnen den Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache über Angelegenheiten der Arbeitsverhältnisse bieten, mit denen letztere sich aus weiblichem Empfinden nicht an den männlichen Aufsichtsbeamten wenden würden. Indes ist auch nach den Jahresberichten dieser Aufsichtsbeamten in dieser Beziehung nur ein geringes Bedürfnis zutage getreten usw.“ Wie aus dieser Abhandlung zu ersehen, ist der Herr gegen eine Mitwirkung der Arbeiter und besonders nach seiner Meinung, „von den weiblichen Hilfskräften keine großen Erwartungen zu hegen“.

Nach dieser Darstellung leben wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankenbelastung infolge der Schutzunterlassungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht erscheinen hier als unbekannte Dinge. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer dringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter“ als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzmaßnahmen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe muß ein Reservatrecht der Hochschullehrer bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Geringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der starke und doktrinaire Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker nicht mehr geteilt wird. Eine Ueberpannung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Mißerfolg führen. Das höhere technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit soll in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen sein normaler verständlicher Ausdruck erhalten. Wenn behördlicherseits bei außergewöhnlichen Bauten für die Standsicherheit der Gerüste eine statische Berechnung verlangt wird, so ist das begründlich; für die Durchschnittbauten bestehen für jeden Bauleiter oder Polier Normen, nach denen er erfahrungsmäßig an der Hand der Schutzvorschriften zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit.

Noch beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der übergroßen Zahl anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütungs- und behördlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Anhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; daselbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrollleuren oder -kontrollleureinnen (als Gewerbe-Aufsichtsassistenten) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird erstmal von diesen Kontrollorganen zur Durchführung dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch“ durch Uebung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben“.

Bei der Vielseitigkeit der Gewerbe (Industrien usw.) und Gewerbebetriebe werden an den Gewerbeinspektoren nicht unbeträchtliche Anforderungen gestellt, die in bezug der technischen und praktischen Kenntnisse und der Ueberblick sich untreulich nicht befriedigen lassen. Wie die Industrie mit der Technik immer mehr zur Spezialproduktion übergeht, so muß sich die Gewerbeaufsicht dieser Entwicklung anpassen und müssen deshalb hierbei mehr Spezialingenieure zur Verwendung kommen. Bei allen Mängeln, welche dem berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsdienst anhaften, so ist er aber zweifellos durch die Spezialisierung der Berufs-genossenschaften nach Gewerben (wie für die chemische Industrie, Elektrizität, Baugewerbe usw.) der staatlichen Gewerbeaufsicht überlegen. Auch der aus der Spezialindustrie hervorgegangene praktisch geschulte Arbeiterkontrollleure wird, soweit sein Gewerbe oder seine Industrie in Frage kommt, sich den verschiedenen Gewerbeaufsichtsbeamten überlegen zeigen. Nach alledem ist deshalb eine Reorganisation des Aufsichtsdienstes erforderlich. Hier wird erst einmal notwendig erscheinen, die einzelnen Industrien und verwandten Gewerbe unter der Berücksichtigung von Wirtschaftsgebieten in nicht allzu große Aufsichtsbezirke einzuteilen, wozu dann der leitende Gewerbeinspektor in Verbindung mit den Arbeiterkontrollleuren die behördlichen Betriebsrevisionen ausübt. Von Interesse ist jedenfalls die Frage: wie groß die Zahl der Arbeiterkontrollleure in jedem Aufsichtsbezirk sein muß. Das wird sich nach den Erfahrungen und den Anforderungen zu dem Grad der Gefährlich-

keit der Gewerbe und nach der Zahl und Größe der Betriebe richten müssen. Gefährliche Betriebe müssen mindestens einmal im Monat revidiert und außerdem muß von zwei zu zwei Jahren die ganze Betriebsanlage durch eine staatliche Sachverständigenkommission einer prüfenden Besichtigung unterzogen werden. Daselbe trifft selbstverständlich auch für die Berufs-genossenschaften zu, die durch eine dementsprechende Änderung der Reichsversicherungsordnung (§ 875) verpflichtet werden müssen, erst mal den Bestand ihrer technischen Aufsichtsbeamten um mindestens ein Drittel durch Anstellung von Arbeiterkontrollleuren zu erhöhen. Berufs-genossenschaften, die in sich gefährliche Gewerbe oder Industrien vereinigen, müssen von Fall zu Fall nach der verhältnismäßigen Zahl der Unfälle oder gewerblichen Erkrankungen durch das Reichsversicherungsamt zu einer weiteren Anstellung von Arbeiterkontrollleuren veranlaßt werden können. Zu diesen Fragen haben die Eingaben des Zentralverbandes der Steinarbeiter an das Reichsversicherungsamt vom Oktober 1917 und vom Januar 1918 (sowie die Eingaben der drei Leitungsverbände vom Mai 1918 an den Reichstagsrat und an den Reichstag schon wertvolle Arbeit geleistet. Die Steinbruchsberufsgenossenschaft hat in einem Schreiben an den Vorstand des Steinarbeiterverbandes die Anstellung einiger Arbeiterkontrollleure zugesagt.

Wie in der Fachschrift „Baupolizeiliche Mitteilungen“ im August 1912 veröffentlicht wurde, hat der Rat der Stadt Chemnitz zu der erteilten Frage der Anstellung von Arbeiterkontrollleuren in der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis einer Rundfrage an eine Zahl süddeutscher Städte bekanntgegeben. In Betracht kamen München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Fürth, Kissingen, Ludwigshafen und Würzburg. Im ganzen waren 13 Fragen gestellt, wozu hier als die wichtigsten die Fragen 7 und 8 anzusehen wären. Die Frage 7: Ob sich die Arbeiterkontrollleure zur Wahrung der ihnen überwiesenen Obliegenheiten als geeignet erweisen haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten mit „Ja“ bejaht. Die Frage 8: Ob sich Schwierigkeiten aus der Zusammenarbeit der technisch vorgebildeten Kontrollleure mit den Arbeiterkontrollleuren ergeben haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten verneint. Von Interesse ist noch die Frage 10: Haben sich Schwierigkeiten bei der Einführung mit den Arbeitgebern ergeben? München äußert sich dahin, daß sich anfangs wohl Schwierigkeiten gezeigt hätten, inzwischen haben sich aber die Sache eingeleicht, und die Arbeitgeber sehen jetzt sehr wohl, daß sie durch diese Bauleitungsentslastung würden. Die anderen Magistraten sprechen sich in der gleichen Weise aus. Wo es will man mehr? Genau so würden sich die Verhältnisse in der Industrie gestalten. Aber wirklich mal angenommen, daß man sich bei der Auswahl der Personen vergriffen hätte, wäre damit eine Unfähigkeit der intelligenten Arbeiterschaft zur amtlichen Betriebsaufsicht, bewiesen? Hierzu sei bemerkt, daß bei den übrigen amtlichen Ressorts der staatlichen und Gemeindeverwaltungen bei der Anstellung von Personen derartige Mißgriffe auch sehr oft vorgekommen sind!

Eine andere Frage ist das Verhalten der Unternehmer oder der Betriebsleiter gegenüber den Arbeiterkontrollleuren. Bei der Aufsichtstätigkeit werden sich Differenzen mit diesen Leuten und sagen wir — auch mit den Arbeitern — oft nicht vermeiden lassen. Aber das wird bei der Tätigkeit der Arbeiterkontrollleure nicht allein vorkommen, sondern wie die Erfahrungen lehren, kann das auch den Gewerbeinspektoren, der Baupolizei, den Revisionsbeamten der Dampfkesselanlagen, den technischen Aufsichtsbeamten der Berufs-genossenschaften usw. passieren. Das kirchenreligiöse oder politische Glaubensbekenntnis des Aufsichtsbeamten hat damit gar nichts zu tun, sondern wird in dem Indifferentismus, in dem Vorurteil oder in dem bösen Willen eines Teils der Unternehmer, Betriebsleiter und Arbeiter sowie vor allem in den Schutzunterlassungen der revidierten Betriebe seine Ursache finden. Im übrigen wird man von jedem Aufsichtsbeamten ein den Umständen entsprechendes entschlossenes und energieliches Vorgehen erwarten müssen. Daher sind alle derartigen Einwendungen gegen die Arbeiterkontrollleure mit Vorbehalt und Sachlichkeit zu prüfen.

Es liegt zweifellos auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie, einer besseren Einsicht folgend, sich bereit finden, einer intensiveren und wirkungsvolleren organisierten Gewerbeaufsicht mehr Würdigung und Anerkennung entgegenzubringen. Und das um so mehr, wo die schutzbefähigten Betriebe wie bis jetzt oft für die Unterlassungen anderer Betriebsunternehmer materiell mit eintreten müssen. Die finanziellen Belastungen einzelner Gewerbe durch das Manko von schutzbefähigten Einrichtungen sind vielfach enorm. Ein fortschreitender und gleichartiger Ausbau der Schutzmaßnahmen in einem Gewerbe oder Berufe wird dazu beitragen, diese Ausgaben ganz beträchtlich niedriger zu gestalten und außerdem die Konkurrenzverhältnisse auf einen mehr geordneten Boden zu stellen. Die dringende Anstellung von Arbeiterkontrollleuren als Gewerbeaufsichtsassistenten ist deshalb nicht nur bevölkerungspolitisch, sondern auch volkswirtschaftlicher Natur und daher eine Sache der höheren Zweckmäßigkeit für den Staat.

G. Heintze.

7. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

I.
Im Leipziger Volkshause traten am Montag früh 23 Delegierte und 2 Vertreter des Hauptverbandes, 2 Gauleiter und je 1 Vertreter der Redaktion, des Verbandsausschusses zusammen, um die reichhaltige Tagesordnung zu beraten. Für die Generalkommission ist Knoll-Berlin, für die Bauarbeiterkommission Seintke-Berlin anwesend.

Die Bureauwahl betraute Pösch-Frankfurt und Starke-Leipzig mit der Leitung des Verbandstages.
Starke, Vorsitzender, erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbereich. Redner bedauerte, daß es dem Vorstand leider nicht möglich war, für die Steinarbeiter die Schwerarbeiterzulage herauszubekommen. Im weiteren betonte er, daß nach seiner Ansicht die kriegsbeschädigten Steinarbeiter sich wohl zur Wartende anderer Industrien zuwenden werden, da ein einseitiger Steinarbeiter kaum denkbar ist; eher kann ein einseitiger kriegsbeschädigter wieder in Steinarbeiterberuf beschäftigt werden. Ueber die weiter gemachten statistischen Angaben müssen wir auf das Protokoll verweisen.

Für die Kasse berichtete Walter-Leipzig. Im weiteren machte der Redner die Mitteilung, daß der Verband zur Einkommenserhöhung mit 3500 M. herangezogen worden ist. Es berichtet dann nach Staudinger für die Redaktion, Kampfrad-Leipzig für die Revisionskommission und Behner-Pösch für den Verbandsausschuß.

Die Ausführungen erstreckten sich auf interne Verbandsangelegenheiten. Von der Revisionskommission wurde der Antrag auf Entlastung gestellt.

Starke führt nachträglich aus, daß es der Vorstand gestillt hätte, unterlassen habe, zum Nichtungsfreie in der politischen Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Sagen aber müsse er, daß die Politik der Gewerkschaften keine andere sein konnte, als sie gewesen ist. Diese Stellung wird jetzt am besten gerechtfertigt durch die Vorgänge auf innerpolitischem Gebiet, wodurch die Arbeiterbewegung endlich in die Lage versetzt ist, die Gestaltung ihres Schicksals selbst zu lenken.

Schuster-Demitz billigt die Verlegung des Drucks der Fachzeitung. Dadurch wurde die Einigkeit in den geringsten gestört. Mehrfort-Abbau dagegen tadelte die Verlegung des Fachorgans; da die Leipziger Volkszeitung die Gewerkschaften immer auf den rechten Weg gewiesen habe. Im übrigen sei er, mit Ausnahme der Gauleiterentlastung, mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden.

Herrmann-Köln teilt mit, daß in seinem Gau die Mitglieder mit der allgemeinen Tätigkeit sowie der Tarifpolitik des Vorstandes einverstanden sind. Redner teilt nicht die Ansicht des Vorstandes, daß wir nach dem Kriege schwere Kämpfe zu gewärtigen haben. Solche kann sich wohl kaum Deutschland in den nächsten Jahren leisten. — Zudem ist auch durch den Wechsel des Regierungssystems dafür gesorgt, daß die Bäume der Unternehmung nicht in den Himmel wachsen. — Die Entlassung der Gauleiter habe in agitatorischer Hinsicht dem Verband geschadet. Redner hält eine großzügigere Arbeit des Vorstandes für geboten und zweckentsprechend. Er rät dringend dazu, in den einzelnen Gauen wieder Gauleiter einzusetzen.

Wiebig-Hannover tadelte die geringe Agitationsarbeit, die während des Krieges betrieben worden ist. Auch sei er im Gegensatz zu Starke der Ansicht, daß auch in Zukunft große Kämpfe mit dem Unternehmertum zu führen sein werden. Sicher wird das Unternehmertum nach Kriegsende versuchen, die Steuerzulagen rückgängig zu machen; deshalb sei eine rege Agitationsarbeit zur Stärkung des Verbandes dringend notwendig.

Knoll-Berlin, der Vertreter der Generalkommission, wendet sich gegen die Kritik, die an dem Bürgerfrieden der Gewerkschaften hat einem Redner geübt worden ist. Ebenso auch gegen die Ausführungen eines anderen Redners, der die Leipziger Volkszeitung als beste Wegweiserin der Gewerkschaften hingestellt hatte. Er ist der Ansicht, daß dann, wenn die Gewerkschaften der Leipziger Volkszeitung gefolgt wären, wohl heute wenig mehr von einer Gewerkschaftsbewegung zu reden sein würde.

Henne-Leipzig bespricht ausführlich die Druckverlegung des Fachorgans und tadelte die Antwort, die der Vorstand dem Leipziger Beschwörerbesitzer dieserhalb teilte werden ließ. Redner betont, daß die Kollegen, wenn sie auch jetzt dieser Frage nicht mehr soviel Aufmerksamkeit schenken, sicher nach Kriegsende sich wieder stärker mit dieser Frage beschäftigen werden.

Die weiteren Ausführungen der Delegierten stimmen zur Hauptsache den Vorstandsberichten zu.

Erlacher-München meint, daß man dem Vorstand wegen Zeichnung der Kriegsanleihe nicht groß einen Vorwurf machen könne, da ja auch Banken usw. kapitalistischen Unternehmungen zur Hauptsache dienbar sind. Die Haltung des Fachorgans ist in Bayern mit Freude begrüßt worden; der Redakteur verdient Anerkennung, daß er es verstanden hat, den politischen Nichtungsfreie aus dem Organ fernzuhalten. Die Kündigung der Gauleiter halte auch er für einen großen Mißgriff; im Interesse des Verbandes müssen die Gauen wieder ihre angefallenen Gauleiter haben.

Leibsch-Gelding sprach ziemlich scharf gegen die Generalkommission, vor allem gegen die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz, daß doch wirklich ein Anhebungsgebot für die Arbeiter sei. Seine weiteren Ausführungen waren eine Empfehlung für die Leipziger Volkszeitung. Doch erkennt er offen an, daß die Spaltung der politischen Partei die Arbeiterklasse tief geschädigt habe, und daß eine Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung von noch größerer Tragweite für die Arbeiterschaft sein werde.

Hirte-Berlin ist mit dem Vorstandsbericht im allgemeinen zufrieden; er hält die Entlassung der Gauleiter für einen Fehler. Nach seinen Erfahrungen als Mitglied eines Schiedsgerichtes sei das Hilfsdienstgesetz nicht so zu tadeln wie Reich es getan habe; in manchen Fällen kommen die Hilfsdienstpflichtigen eher zu ihrem Recht als vor manchem Gewerbegericht.

Pösch-Frankfurt sprach ebenfalls im Sinne der Berichterstatter und zur Druckverlegung des Organs, er betonte, daß er sehr wünsche, daß eine Wiederbereinigung der streikenden Nahrungen stattdessen, aber soweit geke seine Selbstüberwindung nicht, daß er es befürworten könne, den Druck der Zeitung einem Verlag zu übergeben, der den anderen Teil der Arbeiterschaft ständig beschimpfe.

In seinem Schlußwort sprach Starke besonders noch zum Hilfsdienstgesetz und für die Wiederentstellung der Gauleiter; seine Ausführungen schloßen mit warmen Worten der Anerkennung für die Mehrheitspolitik. Auch Staudinger bekannte sich rückhaltlos zur Politik der Mehrheit, an der er auch in Zukunft unbedingt festhalten werde.

Der Antrag auf Rückverlegung des Drucks des Fachorgans in den Verlag Leipziger Volkszeitung wurde mit 18 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Darauf wurde dem Vorstand ein stillschweigendes Entlastung erteilt. Zur Statutenberatung hielt Starke, Vorsitzender, das einleitende Referat. Er empfahl die vorgelegte Vorstandsberichterstattung, die eine minimale Beitragserhöhung von 10–30 Pf. vorsieht, zur Annahme. Auch die Unterstützungszulage sollen ein wenig erhöht werden; weiter wird empfohlen, die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung zu trennen.

In der Generaldebatte kam zum Ausdruck, daß die Mehrzahl der Redner der Vorstandsberichterstattung zustimmt. Im keine Anregungen und Monitars des Verbandstages zu berücksichtigen wird die Vorstandsberichterstattung einer Kommission zur engeren Beratung überwiesen. Ueber Tarifwesen und Steuerzulagen referierte Redakteur Staudinger; seine Ausführungen sind in nachstehender Resolution zusammengefaßt:

In der Steinindustrie hat erfreulicherweise die Entwicklung des Tarifwesens in den Jahren vor dem Kriege einen hervorragenden Platz eingenommen. Bedauerlicherweise hat aber mit dieser Entwicklung die Einführung von Einheitsstarifen nicht den gleichen Erfolg zu verzeichnen.

Nachdem nun der Zusammenschluß verschiedener Verbände in der Steinindustrie zur Ausführung gekommen ist, erwarten die organisierten Steinarbeiter, daß das Tarifwesen einheitlicher gestaltet wird.

